

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Zusendung 2 RM. im Monat, bei Zusendung durch die Post 2,50 RM., bei Pfortstellung 3 RM., wofür ein Abzug von 100% für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Schichten und unterer Klassen. In jeder Zeit der Abnahme entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Abänderung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Verstoß vorliegt.

Konzernpreis: Die Kabinets- und Kessortberatungen über die kommende Notverordnung werden mit Nachdruck fortgesetzt. Das Kabinett läßt sich bei seinen Beratungen, wie an zuständiger Stelle versichert wird, immer von dem Grundgedanken leiten, daß die Preissenkung der Gehalts- und Lohnsenkung unter allen Umständen vorausgehen muß. Die Notverordnung, die, wie man noch immer hofft, gegen Ende der Woche fertig gestellt sein soll, wird zwar sämtliche Fragegruppen enthalten, doch sollen diejenigen Punkte, die nicht unmittelbar mit der Preissenkung zusammenhängen, zeitlich später in Kraft treten. Entgegen anderslautenden Meldungen muß jedoch betont werden, daß das Kabinett irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt hat. Die verschiedenen Entwürfe, die der Notverordnung als Grundlage dienen sollen, sind von den einzelnen Ressorts fertiggestellt worden und werden nunmehr im Kabinett sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 281 — 90. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 3. Dezember 1931

Wirtschaftsanfurbelung.

Melancholisch äußerte vor einigen Tagen der Reichsarbeitsminister Stegerwald, man könne in der Politik nicht immer rein logisch verfahren, wenn man Notstände zu überwinden habe. Offenbar wollte er damit zwar keine Antwort auf den Vorwurf geben, die Reichsregierung werde durch die beabsichtigte straffe Erhöhung der Umsatzsteuer doch der so oft gepredigten und auch wirklichen Senkung der Erzeugungskosten und der Preise entgegenwirken, — aber der Minister beabsichtige wohl, einer Antwort auch nur auszuweichen. Denn man sollte doch eigentlich meinen, daß die harte Logik der Tatsachen gerade ganz besonders auch zu einem logischen Handeln zwingen müsse, das schmerzhaft über falsche, aber liebgeordnete Gewohnheiten hinwegschreite und nur auf diesem Wege zu einer Überwindung der Not gelangen können. Wenn man sich aber selbst eine mangelhafte Logik attestiert, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Gegner dem zustimmen; und man läßt das dumpfe Gefühl außerdem immer höher wachsen, daß die Maßnahmen gegen den Notstand doch wieder „nicht rein logisches“ Stückwerk sind und damit zugleich von vornherein zu scheitern drohen. „Das Vertrauen fehlt“, wird so oft gesagt, — aber das ist viel zu milde ausgedrückt. „Das Vertrauen ist da und schwillt ständig an“ zu sagen ist richtiger. Und das ist ein Satz, eine Wahrheit, eine Tatsache, die heute nicht bloß auf das Gesicht Deutschlands, sondern auf das der ganzen Welt verzerrend einwirkt.

Und somit wird auch an die kommende Notverordnung, die geheimnisvoll und unter strengem Schweigen gegenüber der nicht neugierigen, sondern mit tiefen und berechtigten Befürchtungen erfüllten Anhängern jetzt von der Regierung noch geknetet und geformt wird, schon heute die kritische Sonde jenes Misstrauens gelegt. Daraus spricht nicht mildernde Schwarzfärberei, sondern — bittere Erfahrung. Die Energie und Unternehmungslust aber ist sozusagen der Dampf in dem Kessel der Wirtschaftsmaschine, der sie treibt, bewegt und produktiv macht. Kann man denn heute hier überhaupt noch von einer „Dampfspannung“ reden? Nur langsam noch drehen sich die Räder — und dies noch in einer Jahreszeit, die sonst infolge des Herantückens der Weihnachtszeit eine Kaufbelebung zu bringen gewohnt war. Mehr noch als in den Großstädten leidet darunter die Geschäftswelt in den kleinen und mittleren Städten Deutschlands. Würden dort die Käufermassen — das sind sie, zusammengenommen vom fernem Ostpreußen bis zum Rhein — immer wirtschaftlich vernünftig denken, dann kägen sie es vor, im heimischen Geschäft den Kaufbedarf zu decken. Vielleicht und hoffentlich wird nach dieser Richtung hin nicht bloß wirtschaftlich-vernünftige Überlegung, sondern zwingt der Mangel an Kaufkraft dazu, die Ware „eigenhändig“ zu kaufen und Talmi oder Anreizertum von weit draußen her zurückzuweisen. Den eigenen Augen zu trauen ist dabei besser als nicht nachprüfbarer Anpreisungen Glauben zu schenken. Hier sollte man Misstrauen hegen, sollte man Vertrauen nur dem Geschäftsmann in der eigenen kleinen oder mittleren Stadt schenken, schon deswegen, weil er trotz größerer Schwierigkeiten als der in der Großstadt sich durchkämpft, sich durchkämpfen will.

Wird nicht aber die Notverordnung selbst quer durch einen etwa vorhandenen Kaufwillen einen dicken Strich ziehen? Auch dieses Misstrauen könnte gerechtfertigt erscheinen, wenn man bedenkt, daß nun die deutsche und die Weltwirtschaftskrise schon Jahre währt und der angstvoll schwelende Mist kein Zeichen der Besserung zu sehen vermag oder ein solches, wenn es wirklich sichtbar wird, für trügerisch oder nur vorübergehend hält. Wie oft ist nun schon von einer Wiederanfurbelung der Wirtschaft gesprochen worden! Dadurch sollte Beschäftigung und Lohn geschaffen werden, aber auf Grund einer vernünftigen, wirtschaftlich notwendigen Ausdehnung der Erzeugung und einer womöglich noch notwendigeren Verschonung des Güter- und damit des Geldumlaufs. Aber kann man eine bessere Konjunktur überhaupt bewußt schaffen, kann man die Wirtschaft überhaupt „anfurbeln“ wie einen Motor? Um in diesem Sinne zu bleiben: der Motor muß Triebstoff haben! Dieser „Triebstoff“ für den Motor des deutschen ebenso wie des gesamten Weltwirtschaftsweltens aber ist der Kredit, und zwar im finanziellen Sinne und im massenpsychologischen, also im Sinne des „Vertrauens“. Und so kommen wir wieder zum Ausgangspunkt dieser verhängnisvollen Kreisbewegung zurück: Dieses Vertrauen fehlt.

Aber der Motor kann wieder „auf Touren kommen“, wenn die Menschen in sich dieses Misstrauen überwinden einfach aus der Erkenntnis heraus, daß sie sich sonst die eigene Lebensgrundlage schnell und sicher zerstören. Die Regierung kann die Rettung nicht notverordnung, und jede bewußte Kaufzurückhaltung, jede Mark im Sparstumpf heißt diese Rettungsversuche ebenso bewußt zum Stoden bringen, wie wenn von vornherein apathisch gesagt und gepredigt wird: Na, das hat doch alles gar keinen Zweck! Dann allerdings geht es bestimmt nicht, auch wenn „von oben her“ wirklich nicht die Politik, sondern rein logisches, wirtschaftlich Zweckmäßiges zum Inhalt der kommenden Notverordnung und aller weiteren Maßnahmen gemacht werden sollte.

Was wird die Notverordnung bringen?

Gehalts- und Lohnkürzung zurückgestellt?

Die Kabinetts- und Kessortberatungen über die kommende Notverordnung werden mit Nachdruck fortgesetzt. Das Kabinett läßt sich bei seinen Beratungen, wie an zuständiger Stelle versichert wird, immer von dem Grundgedanken leiten, daß die Preissenkung der Gehalts- und Lohnsenkung unter allen Umständen vorausgehen muß. Die Notverordnung, die, wie man noch immer hofft, gegen Ende der Woche fertig gestellt sein soll, wird zwar sämtliche Fragegruppen enthalten, doch sollen diejenigen Punkte, die nicht unmittelbar mit der Preissenkung zusammenhängen, zeitlich später in Kraft treten. Entgegen anderslautenden Meldungen muß jedoch betont werden, daß das Kabinett irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt hat. Die verschiedenen Entwürfe, die der Notverordnung als Grundlage dienen sollen, sind von den einzelnen Ressorts fertiggestellt worden und werden nunmehr im Kabinett sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Die Reichsregierung hat also anscheinend den Plan aufgegeben, eine neue Senkung der Gehälter schon zu im 1. Januar in Aussicht zu nehmen. Man glaubt ferner nicht, daß die Notverordnung schon eine Senkung der Beamtengehälter enthalten wird, sondern daß die Behandlung dieser Frage einer Konferenz der Länderminister am Donnerstag vorbehalten bleiben wird. Jedenfalls ist aber die Frage der

Lohn- und Gehaltskürzungen nur zurückgestellt, man will sie, so scheint es, erst wieder hervorholen, wenn sich die geplanten Maßnahmen einer Preissenkung ausgewirkt haben. Für die Durchführung dieser Maßnahmen will man ein besonderes Reichskommissariat schaffen.

Dieser Preiskommissar soll die Aufgabe haben, als Bindeglied zwischen den einzelnen an der Preisbildung beteiligten Amtsstellen zu dienen und den Geschäftsgang abzukürzen. Vielleicht wird man ihm auch durch die Notverordnung noch besondere Vollmachten übertragen. Ein Kabinettsbeschluss ist aber über die Errichtung des Preiskommissariats noch nicht erfolgt, wie auch alle weiteren Mitteilungen über Einzelheiten der Notverordnung sich mehr oder weniger auf Mutmaßungen stützen.

Über die Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung sind die verschiedensten Vermutungen im Umlauf. Neben Eingriffen in die kartellierte Preisbindungen soll vor allem eine elastischere Gestaltung der Tarifverträge stehen. Wahrscheinlich wird diese erfolgen durch eine verwaltungsmäßige Anweisung an die Leiter der Spruchämter über die künftige Gestaltung ihrer Lohnpolitik bei den Schiedssprüchen. Ein besonders schwieriges Problem bietet

die Mietsenkung, ohne die eine allgemeine Preissenkung nicht gut möglich ist. Der Reichsarbeitsminister hat dem Kabinett bereits Vorschläge gemacht, die dahin gehen sollen, daß eine Senkung der Mieten für Altmietwohnungen nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten durchzuführen, aber eine Senkung der Neubaumieten zu empfehlen ist. Auch die Reichsbahn will sich an der Preissenkung durch eine Herabsetzung der mittleren Tarife beteiligen. Diese Herabsetzung soll Frachtermäßigungen im Gesamtbetrage von einer Viertelmilliarde Mark erbringen, die auf eine Verbilligung besonders der Kohlenpreise von Einfluß sein dürften. — Die von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Paritätenschaus beschlossene Kundgebung zur Politik der Reichsregierung wird in politischen Kreisen allgemein dahin ausgelegt, daß die zeitweise angedrohte parlamentarische Opposition der Sozialdemokratischen Partei gegen den Reichsantrag zunächst aufgegeben ist. Man will den Inhalt der Notverordnung abwarten, um dann erst zu ihr Stellung zu nehmen. Ob die Sozialdemokratie zu einer

Einberufung des Reichstages, wo dies mit praktischem Erfolg geschehen könnte, ihre Zustimmung geben wird, bleibt abzuwarten. Den augenblicklich dem Altestenrat vorliegenden kommunisistischen Antrag wird sie ablehnen, doch hat sie durchblicken lassen, daß sich diese Stellungnahme nach der Notverordnung vielleicht ändern könne. Im Hinblick auf die Gefahr einer durch den Zusammenbruch des Reichstages möglichen Regierungserklärung erscheint dies aber nicht sehr wahrscheinlich.

Berlin, 3. Dezember. Im Zusammenhang mit der für heute vormittag einberufenen Konferenz der Finanzminister der Länder beim Reichsfinanzminister über die neue Notverordnung

berichtet der Börsen-Courier, daß der für die Veröffentlichung der Notverordnung ursprünglich festgesetzte Termin, der Sonnabend, wahrscheinlich überschritten werde. Man rechnet jetzt in Regierungskreisen mit der Veröffentlichung für die nächsten Tage der Woche. Wie das Berliner Tageblatt erzählt, soll man in Regierungskreisen als Termin für die neue Gehaltskürzung jetzt den 15. Januar ins Auge gefaßt haben, da nach der Tendenz, die gegenwärtig in den Beratungen des Kabinetts vorherrscht, der 15. Januar für die Lohn- und für die Preissenkung gewissermaßen zum Richttag gemacht werden soll. Als Reichskommissar für die Preissenkung wird nach dem Vorschlag der Oberpräsident a. D. von Bottdi genannt.

Die Wirtschaft warnt vor Steuererhöhungen.

Scharfe Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Nach Pressemitteilungen beabsichtigt die Reichsregierung, den bis jetzt festgestellten Fehlbetrag des Reichshaushalts 1931 u. a. auch durch

Steuererhöhungen erheblichen Ausmaßes auszugleichen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt fest, daß dieses Vorgehen der Reichsregierung in einem eklatanten Widerspruch zu den Auffassungen steht, die die Reichsregierung noch bis in die jüngste Zeit hinein zum Ausdruck gebracht hat. Es ist mehrfach gerade von der Reichsregierung die Ansicht vertreten worden, daß der Wirtschaft Steuererhöhungen nicht mehr zugemutet werden können.

Wenn die Reichsregierung nunmehr trotzdem im Gegensatz zu ihrer bisherigen, auch von allen Wirtschaftskreisen seit langem geteilten Ansicht glaubt, die sich aus der Wirtschaftslage notwendigerweise ergebende Verringerung des Steueraufkommens in der Hauptsache durch Steuererhöhungen ausgleichen zu müssen, so muß die Beschreitung dieses Weges zu einem neuen Schrumpfungsprozess in der Volkswirtschaft führen, der automatisch neue Fehlbeträge im Reichshaushalt erzeugt.

Weite Kreise der Industrie befürchten insbesondere von der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer entweder eine starke Gefährdung der Senkung des Preisniveaus oder eine weitere Einschränkung der Verdienstmöglichkeiten in der Stufe der Produktion.

Ganz besonders abwegig und völlig widersinnig ist die geplante

Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen von festverzinslichen Werten, die beabsichtigte Erhöhung des Steuerfußes sowie die in Aussicht genommene Befreiung ihrer Anrechnung auf die Einkommensteuer. Eine derartige Maßnahme erdregt den Spartrieb, gefährdet die dringend notwendige Kapitalbildung aufs schwerste und zerrüttet insbesondere den Markt der festverzinslichen Werte noch härter, als dies schon jetzt aus anderen Gründen der Fall ist. Sie nimmt damit

allen Sparern den letzten Rest des Vertrauens. Daran wird auch nichts geändert, wenn, wie verlautet, geplant ist, die Kapitalertragsteuer in dieser Form nur einmal zu erheben.

Höchst Pension 12000 Mark.

Ein Beschluß des Haushaltsausschusses. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach Pensionen über 12000 Mark nicht mehr zur Auszahlung kommen sollen. Vorher hatte der Ausschuß einen kommunistischen Antrag, das Höchststundengehalt auf 4500 Mark im Jahr festzusetzen und alle darüber hinausgehenden Mehrbeträge einzubehalten, abgelehnt.

Vor der Abstimmung im Ausschuß wandte sich ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums gegen die Festsetzung einer starren Höchstgrenze von 12000 Mark. Es sprächen dagegen staats- und beamtenpolitische Gründe. Bei einer solchen Höchstgrenze würde es schwer sein, für die leitenden Stellen, insbesondere politischer Art, erste Kräfte zu erhalten, weil diesen ja auch heute noch die Möglichkeit gegeben sei, in der freien Wirtschaft oder in freien Berufen ganz andere Gehälter zu verdienen. Beamtenpolitisch sei die angestrebte Gleichmachung nicht erträglich, besonders dann nicht, wenn die Grenze so tief liege, daß die Beamten den Anspruch auf die Höchstpensionen bereits mißbräuchten. Sie würden, wenn sich die Gelegenheit böte, eine gutbezahlte Stellung in der Wirtschaft zu erlangen, wenig Neigung verspüren, in dem dornenvollen Staatsamt zu verbleiben.

Die zweite Lesung der Vorlage wird voraussichtlich erst Anfang nächsten Jahres stattfinden.